

Protokoll Studierendenparlament

16. November 2016



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DARMSTADT

Protokoll *noch nicht genehmigt*

Sitzungsleitung: Franziska Herbert und Andreas Ewald
Protokoll: Jakob Rimkus und Julian Haas

Sitzungsbeginn: 19:05 Uhr
Sitzungsende: 23:30 Uhr

TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt genehmigt:

- TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 00.00.2016
- TOP 3: Mitteilungen des Präsidiums
- TOP 4: Anträge von Gästen
- TOP 5: Beratung über Berichte
- TOP 6: Haushalt der Studierendenschaft der TU Darmstadt 2017, 1. Lesung
- TOP 7: Wahl der Vertreter*innen des Entscheidungsfindungsgremium 603qm
- TOP 8: Finanzantrag des AStA zu einer Veranstaltungsreihe des Referats politische Bildung
- TOP 9: Antrag auf Einrichtung einer Stelle zur Unterstützung studentischer Gremienarbeit
- TOP 10: Aufwandsentschädigung für einen Referenten der AStA Zeitungsredaktion
- TOP 11: Antrag Erhöhung Sitzungsgeld Studierendenparlamentspräsidium
- TOP 12: Änderung/Neufassung der Satzung der Studierendenschaft der TU Darmstadt, 1. Lesung
- TOP 13: Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss für 2013
- TOP 14: Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss für 2014
- TOP 15: Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss für 2015
- TOP 16: Entlastung des AStA der Legislatur 2012/13
- TOP 17: Entlastung des AStA der Legislatur 2013/14
- TOP 18: Entlastung des AStA der Legislatur 2014/15
- TOP 19: Resolution: Kritik an Orientierungswochen ((umgangssprachlich OWOs) einiger Fachschaften
- TOP 20: Resolution: Wissenschaft muss frei bleiben – Keine Berufsverbote an Universitäten!
- TOP 21: Weitere Anträge und Resolutionen
- TOP 22: Sonstiges

Dafür: 24
Dagegen: 0
Enthaltung: 1

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 18.10.2016

Das Protokoll wird ohne Anmerkungen genehmigt.

Dafür: 19

Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

TOP 2: Mitteilungen des Präsidiums

Die beschlossene Beitragserhöhung ist von Seiten der Universität angenommen worden.

Das Mitglied des Studierendenparlaments Armin Alizadeh (Jusos) ist ausgeschieden. David Meyer Arendt rückt für ihn nach.

TOP 3: Anträge von Gästen

Finanzantrag zur Strategietagung der Fachschaft Psychologie:

Die Antragstellerinnen stellen den Antrag inklusive Kostenzusammensetzung vor.

Angebot 1 wird präferiert und abgestimmt.

Der Antrag wird mit dem Betrag 1680€ angenommen.

Dafür: 21

Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

Antrag der FS Informatik auf teilweise Mittelumwidmung

Der Antrag wurde nicht vorab versandt und liegt deswegen als Tischvorlage in Papierform vor.

Der Antrag umfasst keine Neubeantragung von Mitteln, sondern lediglich eine Umwidmung bereits im StuPa vom 10.02.16 genehmigter Mittel. Die überbleibenden Gelder sollen für einen Car Sharing Transporter verwendet werden.

Der Antrag wird angenommen.

Dafür: 27

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

TOP 4: Beratung über Berichte

Die Berichte des AStA wurden versandt. Es gibt keinen Beratungsbedarf.

TOP 5: Haushalt der Studierendenschaft der TU Darmstadt 2017, 1. Lesung

Die Finanzreferentin Anika Schmütz stellt den Haushaltsentwurf mit einer Folienpräsentation vor und geht auf Änderungen im Vergleich zum Vorjahr ein.

Es gibt Nachfragen und Diskussionsbeiträge.

Nach Aufruf von David Meier-Arendt verlangen acht Mitglieder des Studierendenparlaments eine namentliche Abstimmung.

Der Haushaltsentwurf von Anika Schmütz wird in erster Lesung bei folgendem Abstimmungsverhalten angenommen und in der nächsten Sitzung in zweiter Lesung behandelt:

Mit **Ja** stimmten: Johanna Saary, Leopold Jaroljmek, Anika Schmütz, Timo Meyer, Franziska Herbert, Andreas Ewald, Matthias Bonarens, Martin Lichtblau, Jakob Rimkus, Sebastian Gombert, Denis Basaritsch, Julian Haas, Christian Annameier, Mohammad Al Rashed Abazid, Stefan Pilot, Stephan Voeth, Felix Dörnfeld, Mohamed Ben Brahim, David Meier-Arendt, Sebastian Gabele, Viet Anh Nguyen Duc Muhammad Awais

Butt, Olga Barbarar, Rishab Agarwal

Mit **Nein** stimmte: Klara Saary

Mit **Enthaltung** stimmte: Christan Fahr

Klara Saary hat zu dem Tagesordnungspunkt eine persönliche Erklärung abgegeben (siehe Anlagen).

TOP 6: Wahl der Vertreter*innen des Entscheidungsfindungsgremium 603qm

Der AStA hat das Vorschlagsrecht und schlägt Johanna Saary, Anika Schmütz, Jan-Martin Steitz und Andreas Ewald vor.

Auf Wunsch stellt Jan-Martin das Gremium und seine Geschichte vor, außerdem stellen sich die Kandidat*innen jeweils kurz vor.

Es erfolgen parallel vier geheime Abstimmungen. David Kreitschmann und Adriana Lanza fungieren dabei als freiwillige Helfer*innen. Während des Auszählung wird mit der Tagesordnung fortgefahren.

Johanna Saary wird als Vertreterin für das Entscheidungsfindungsgremium 603qm bestätigt.

Dafür: 24

Dagegen: 3

Enthaltungen: 3

Anika Schmütz wird als Vertreterin für das Entscheidungsfindungsgremium 603qm bestätigt.

Dafür: 25

Dagegen: 2

Enthaltungen: 3

Jan-Martin Steitz wird als Vertreter für das Entscheidungsfindungsgremium 603qm bestätigt.

Dafür: 26

Dagegen: 1

Enthaltungen: 2

Andreas Ewald wird als Vertreter für das Entscheidungsfindungsgremium 603qm bestätigt.

Dafür: 24

Dagegen: 2

Enthaltungen: 3

TOP 7: Finanzantrag des AStA zu einer Veranstaltungsreihe des Referats politische Bildung

Der berufene Referent für politische Bildung Daniel Engel stellt den Finanzantrag zur Veranstaltungsreihe „Was ist das für 1 Musik?“ und die damit verfolgten Ziele vor.

Die Kosten können sich noch deutlich verringern, da der Schlosskeller einen Teil übernehmen würde, die Kalkulation ist auf das absolute Maximum ausgelegt.

Es erfolgt eine Vorstellung der einzelnen geplanten Veranstaltungen und der vorgesehenen Künstler*innen.

Der Finanzantrag in Höhe von 7000€ wird angenommen.

Dafür: 24

Dagegen: 0

Enthaltungen: 5

TOP 8: Antrag auf Einrichtung einer Stelle zur Unterstützung studentischer Gremienarbeit

Jakob Rimkus stellt den Antrag vor: Klara Saary stellt ihren Änderungsantrag vor.

Es gibt Diskussionsbeiträge.

Julian Haas stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf eine 10-minütige Sitzungspause. Es gibt keine Gegenrede.

Nach der Pause liegt noch kein neuer Änderungsantrag vor.

Lasse Stelzer stellt einen Geschäftsordnungsantrag den Tagesordnungspunkt erst weiter zu behandeln, wenn ein oder mehrere Änderungsanträge vorliegen und bis dahin mit der Tagesordnung fortzufahren. Die Mehrheit stimmt dem zu.

Nachdem die Tagesordnung bis einschließlich TOP 17 erfolgt ist, wird TOP 8 weiterbehandelt.

Julian Haas hat einen Änderungsantrag vorgelegt. Jakob Rimkus übernimmt diesen.

Johanna Saary bittet um eine Änderung, nach der im Haushalt entsprechendes Geld eingestellt werden soll. Auch dieser Vorschlag wird von Jakob Rimkus übernommen.

Der Antrag wird in geänderter Form angenommen.

Dafür: 16

Dagegen: 0

Enthaltungen: 1

TOP 9: Aufwandsentschädigung für einen Referenten der AStA Zeitungsredaktion

Auf Antrag der Sitzungsleitung soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Johanna Saary stellt den Antrag vor.

Der Antrag wird angenommen.

Dafür: 26

Dagegen:

Enthaltungen: 2

Die Öffentlichkeit wird wiederhergestellt.

TOP 10: Antrag Erhöhung Sitzungsgeld Studierendenparlamentspräsidium

Die Sitzungsleiterin Franziska Herbert merkt an, dass der Antrag die Finanzordnung bei §5 Abs.1 ändern würde.

Klara stellt den Antrag vor.

Johanna Saary stellt den Änderungsantrag den Betrag von 30 auf 50€ anzupassen.

Es folgt eine Diskussion um den Änderungsantrag.

GO-Antrag von Lasse zum Schließen der Redeliste (für die Diskussion über den Änderungsantrag). Der GO-Antrag wird mehrheitlich angenommen.

GO-Antrag von Stephan zum Öffnen der Redeliste. Der GO-Antrag wird von der Sitzungsleitung mit Verweis auf die soeben erfolgte Abstimmung abgewiesen.

Der Änderungsantrag von Johanna Saary wird abgelehnt

Dafür: 9

Dagegen: 10

Enthaltungen: 8

GO Antrag von David Meier-Arendt auf sofortige Abstimmung. Wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag wird ohne Änderung angenommen.

Dafür: 24

Dagegen: 1

Enthaltungen: 2

TOP 11: Änderung/Neufassung der Satzung der Studierendenschaft der TU Darmstadt, 1. Lesung

Jakob Rimkus geht die in der versandten Synopse als potentiell kontrovers markierten Punkte durch. Dazu werden folgende Ergebnisse festgehalten:

- Der neu vorgeschlagene Absatz 3 in § 4 soll umformuliert werden, da er zweite Teilsatz aktuell Bindung entfalten würde. Auf Fachbereichsebene wäre eine 50%ige Quote schwierig, jedoch sind nur Organe auf Ebene der Studierendenschaft betroffen.
- In § 5 Absatz 3 wäre es zynisch einen Anspruch zu definieren, welcher in der Finanzordnung eine Höhe von Null haben kann. In jedem Fall muss die Finanzordnung geändert werden und allen Amtsträger*innen eine Aufwandsentschädigung beimessen, wenn diese Formulierung gewählt werden soll.
- Bezüglich der Größe des Studierendenparlaments, definiert in §8 Absatz 1 sieht die relative Mehrheit der StuPa-Mitglieder in einem Meinungsbild keinen Änderungsbedarf (7 für Änderungsbedarf, 11 dagegen). Der Änderungsvorschlag wird dementsprechend entfernt.
- Bezüglich der vorgeschlagenen Änderung §16 Absatz 2 letzter Satz bestehen verschiedene Bedenken. In einem Meinungsbild äußert sich ein Mitglied gegen Änderungsbedarf, der Rest enthält sich. Der Änderungsvorschlag wird dementsprechend bis auf Weiteres entfernt.
- Die Ausweitung des Wahlrechts auf mehrere Fachschaften parallel bedarf der genauen Folgenabschätzung und Besprechung mit der Fachschaftenkonferenz.
- Die restlichen als potentiell kontrovers markierten Punkte sind nicht kontrovers und werden dementsprechend in der 2. Lesung Teil der en block Abstimmung sein.

Die Arbeitsgruppe wird erneut einberufen und sich mit den Eingebungen des StuPas befassen. Weitere Punkte die vorab an Mitglieder der AG gesandt worden waren, fanden bisher keine Behandlung. Auch dies soll in der nächsten AG-Sitzung geschehen.

David Meier-Arendt stellt den GO-Antrag zur Änderung der TO: TOP 18 soll als TOP 12 vorgezogen, der Rest danach in unveränderter Reihenfolge behandelt werden. Inhaltliche Gegenrede wegen schon hohem Verzug bei den Entlastungen. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen

TOP 12: Resolution: Wissenschaft muss frei bleiben – Keine Berufsverbote an Universitäten! (TOP 18 auf der ursprünglichen TO)

Lasse Stelzer stellt die Resolution vor.

Änderungsantrag Stefan Pilot:

- sämtliche Vorkommen von "sogenannter Verfassungsschutz" (im Resolutionstext in Anführungsstrichen) durch "Landesamt für Verfassungsschutz" (im Resolutionstext ohne Anführungsstriche)

- und "Verfassungsschützer*innen" (im Resolutionstext in Anführungsstrichen) durch "Beamt*innen des Landesamtes für Verfassungsschutz" (im Resolutionstext ohne Anführungsstriche) ersetzen.

Diskussion um Änderungsantrag.

Der Änderungsantrag wird angenommen

Dafür: 11

Dagegen: 8

Enthaltungen: 2

Die Resolution wird in geänderter Form verabschiedet.

Dafür: 18

Dagegen: 0

Enthaltungen: 3

Der Antragsteller bittet den AStA die Resolution zu eröffentlichen.

TOP 13: Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss für 2013

Die Sitzungsleiterin Franziska Herbert verkündet, dass inzwischen digital unterschriebene Versionen der Berichte beim Präsidium eingegangen sind. Auf Nachfrage werden diese an StuPa-Mitglieder weitergeleitet.

Es folgen Anmerkungen von mehreren StuPa-Mitgliedern zu den Berichten.

Franziska Herbert teilt mit, dass die Anmerkungen dem nächsten RPA für seine Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Auf Wunsch der Sitzungsleitung wird die Beschlussfähigkeit festgestellt: 16 Mitglieder sind anwesend, zwei weitere Mitglieder befinden sich nicht im Raum werden aber in Kürze zurückerwartet.

David Kreitschmann hat zu dem Tagesordnungspunkt eine persönliche Erklärung abgegeben (siehe Anlagen).

TOP 14: Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses für 2014

Die Anmerkungen unter TOP 13 gelten entsprechend.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Philip Krämer hat zu dem Tagesordnungspunkt eine persönliche Erklärung abgegeben (siehe Anlagen).

TOP 15: Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses für 2015

Da der Geschäftsbericht 2015 noch nicht vorliegt, beantragt Andreas Ewald den Bericht zurückzuweisen.

Der Bericht wird zurückgewiesen.

Dafür: 11

Dagegen: 0

Enthaltungen: 8

TOP 16: Entlastung des AStA der Legislatur 2012/13

Die Entlastung erfolgt ohne Diskussion.

Dafür: 16

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2

TOP 17: Entlastung des AStA der Legislatur 2013/14

Die Entlastung erfolgt ohne Diskussion.

Dafür: 15

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2

TOP 18: Entlastung des AStA der Legislatur 2014/15

Weil der entsprechende Bericht des RPA noch nicht zur Kenntnis genommen wurde, entfällt der Tagesordnungspunkt.

TOP 19: Resolution: Kritik an Orientierungswochen ((umgangssprachlich OWOs) einiger Fachschaften

Da im Vorfeld ein falscher Entwurf versandt wurde, wird ein Antrag auf Vertagung des TOPs gestellt.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Dafür: 9

Dagegen: 5

Enthaltungen: 3

TOP 20: Weitere Anträge und Resolutionen

Resolution: Videoüberwachung Luisenplatz

Begründung der Eile: Die Antragsteller*innen haben erst nach der Frist von dem Vorhaben erfahren. Außerdem wäre das Anliegen in der nächsten Sitzung ggf. nicht mehr relevant, da die Stadtverordnetenversammlung dann schon darüber befunden haben könnte. Es gibt keine Gegenrede.

Die Resolution wird von Lasse Stelzer vorgestellt und begründet. Der AStA solle bitte dazu auch eine PM verfassen.

- Aus Reihen des AStAs wird das positiv aufgenommen.

Änderungsantrag Stephan Voeth.

Die Antragsteller*innen übernehmen den Antrag wollen aber ihre Begründung und den Abschnitt zum Hintergrund ebenfalls mit in den Resolutionstext übernehmen. In dem Teil der Stephan Voeths Änderungsantrag stammt, müsste dann ein Halbsatz gestrichen werden, um Redundanzen zu vermeiden. Die Antragsteller*innen übernehmen auch das.

Die Resolution wird geänderter Form angenommen.

Dafür: 17

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 21: Sonstiges

Das StuPa Präsidium bittet um Hinweise bei Entdeckung von Fehlern in den Unterlagen oder auf der Webseite des Studierendenparlaments.

Anwesende:

Campusgrüne

Johanna Saary
Leopold Jaroljmek (bis 22:55)
Anika Schmütz
Timo Meyer (bis 22:56)
Franziska Herbert
Andreas Ewald
Andre Pfeifer (21:00)
Christian Fahr (in Vertretung von Lara Görtz-Mann)
Matthias Bonarens (ab 19:20)
Martin Lichtblau (bis 22:10)
Jakob Rimkus

Fachwerk

Sebastian Gombert (in Vertretung von Teresa Plauk)
Denis Basaritsch (bis 22:30)
Klara Saary (bis 21:42)
Julian Haas
Christian Annameier (bis 22:05)
Mohammad Al Rashed Abazid (bis 23:10)
Stefan Pilot
Stephan Voeth

Felix Dörnfeld
Mohamed Ben Brahim

JUSOS

David Meier-Arendt
Sebastian Gabele (bis 21:36)
Viet Anh Nguyen Duc (bis 22:30)

SDS-Linke Liste

Lasse Stelzer (in Vertretung von Nicolas Paul Schickert)
Clara Sophie Nowak
Firat Tolan (bis 23:00)

Studierende ohne Grenzen

Muhammad Awais Butt
Olga Barbatar (in Vertretung von Skander Zeghal,
bis 22:30)
Rishab Agarwal (bis 20:30)

Gäste

Lisa Morath
Malte Kurmetc
Claas Völcker

Anlagen

Zu TOP 3: Anträge von Gästen

Finanzantrag der Fachschaft Psychologie

Auch dieses Jahr würden wir gerne wieder gemeinsam als Fachschaft Psychologie und Psychologie in IT ein Strategiewochenende durchführen, um die neuen Mitglieder zu integrieren, unsere Arbeit neu zu strukturieren und zu überdenken. Dazu haben wir uns verschiedene Angebote eingeholt und verglichen.

Zeitraum: Freitag den 2.12.2016 bis Sonntag den 4.12.2016

Erwartete Teilnehmerzahl: 23

Angebot 1:

- Unterbringungskosten:
 - Naturfreundehaus Ginsheim
 - Selbstverpflegerhaus mit großem Seminarraum, gelegen in der Nähe von Mainz, mit Bus und
 - Bahn gut zu erreichen.
 - Internetauftritt: www.naturfreunde-ginsheim.de
 - Preis pro Person pro Nacht: 15€
 - Zusätzliche Kosten: Endreinigung 40€, Bettwäsche 5€ p.P.
 - Kosten gesamt (ohne Verpflegung): 845€
- Verpflegungskosten:
 - Für einen ganzen Tag und zwei halbe Tage:
 - Mahlzeiten: 15€ pro Person pro Tag, insgesamt 30€ pro Person
 - Kaffee, Kuchen und Snacks: 3€ pro Person pro Tag, insgesamt 6€ pro Person
 - Verpflegungskosten gesamt für 23 Personen: 828€
- Fahrtkosten:
 - Ein PKW für Materialien, bei einer Strecke von 66 Km: ca. 7€
- Gesamtkosten: 1680€

Angebot 2:

- Unterbringungskosten:
 - Tagungshaus Vogelsberg Ehemaligen Synagoge
 - Selbstverpflegerhaus, zwischen Frankfurt und Fulda gelegen, aber nur für 20 Teilnehmer
 - vorgesehen
 - Internetauftritt: www.gruppenhaus.de/tagungshaus-vogelsberg-ehemalige-synagoge-gedernhs3063.html
 - Preis pro Person pro Nacht: 20€
 - Zusätzliche Kosten: Bettwäsche 5€ p.P.
 - Kosten gesamt (ohne Verpflegung): 900€.
- Verpflegungskosten:
 - Für einen ganzen Tag und zwei halbe Tage:
 - Mahlzeiten: 10€ pro Person pro Tag, insgesamt 20€ pro Person

- Kaffee, Kuchen und Snacks: 3€ pro Person pro Tag, insgesamt 6€ pro Person
- Verpflegungskosten gesamt für 20 Personen: 520€
- Fahrtkosten:
 - Ein PKW für Materialien, bei einer Strecke von 200 Km: ca. 20€
 - Gesamtkosten: 1440€

Weil Schlafsäcke teilweise nicht erwünscht sind, kommen Kosten für Bettwäsche dazu.

Diejenigen die aus der Nähe kommen werden diese wohl selber mitbringen, somit entfällt in diesem Punkt ein Teil der Kosten unabhängig von dem gewählten Ort.

Da wir gerne auch als kleine Fachschaft andere Fachschaften unterstützen wollen, würden wir gerne die Fachschaft der Pädagogen an der Fahrt teilhaben lassen, um einen Kontakt innerhalb des Fachbereiches zu ermöglichen. Dabei handelt es sich um 5 Teilnehmer, deshalb würden wir das 1. Angebot für 23 Personen vorziehen, da wir so gemeinsam fahren können und so auch die Fachschaft der Pädagogen die Möglichkeit hat ihre Fachschaftsarbeit umzustrukturieren.

Vielen Dank im Namen der Fachschaft

Antrag der Fachschaft Informatik auf Mittelumwidmung

Zuzüglich zum Antrag vom 10.02.2016 (siehe StuPa-Protokoll) beantragt die Fachschaft für die Erstsemesterfahrt auch einen Transporter (AStA Car Sharing) über das bereits beantragte Geld abrechnen zu dürfen. Eine Erhöhung des Antragsvolumens ist explizit nicht Bestandteil dieses Antrags, die bereits genehmigte Summe genügt.

Zu TOP 5: Haushalt der Studierendenschaft der TU Darmstadt 2017, 1. Lesung

Persönliche Erklärung von Klara Saary

Ich möchte anmerken, dass, meines Erachtens, die Durchführung einer namentlichen Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsplans 2017 eine freie und ungezwungene Darstellung der Einzelmeinungen der Parlamentarier*innen verhindert hat.

Zu meiner eigenen Stimmabgabe möchte ich sagen, dass ich in einer normalen öffentlichen Abstimmung mich enthalten oder mit "Ja" gestimmt hätte.

Hinweis: Der Haushaltsentwurf ist separat angehängt.

Zu TOP 7: Finanzantrag des AStA zu einer Veranstaltungsreihe des Referats politische Bildung

Ankündigungstext der Veranstaltungsreihe

Was ist das für 1 Musik?

Zur Diskriminierung in verschiedenen Musikrichtungen

Musik und Feierkultur gehören zum alltäglichen Leben der meisten Menschen. Gedacht als Spaß und Erholung, entpuppt es sich doch auch immer wieder als das Gegenteil.

Ob die Raumstrukturen der Location, die in der Musik transportierten Inhalte oder das Verhalten der Besucher_innen, oft zeigt sich, dass auch die Feierkultur nicht für alle gleichermaßen Spaß bedeutet.

Mit dieser Veranstaltungsreihe wollen wir verschiedene Formen der (unterschwellig) Diskriminierung in unterschiedlichen Musikrichtungen beleuchten und aufzeigen, wie selbstverständlich diese als allgegenwärtig akzeptiert werden.

Mit den an die Vorträge anschließenden Liveacts und Partys wollen wir Künstler_innen Raum geben, die dem entgegenwirken.

Zu TOP 8: Antrag auf Einrichtung einer Stelle zur Unterstützung studentischer Gremienarbeit

Ursprünglicher Antrag von Jakob Rimkus

Antragsbegehren

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Der AStA wird aufgefordert, auf die Einrichtung einer (Teilzeit-)Stelle der Studierendenschaft zur Unterstützung studentischer Gremienarbeit an der TU Darmstadt hinzuwirken. Diese Stelle ist im Stellenplan für den Haushalt 2017 vorzusehen und spätestens nach Abstimmung des Haushalts auszusprechen.

Die Unterstützung der studentischen Gremienarbeit soll zumindest folgende Punkte umfassen:

- Verfassung und Pflege von Handreichungen für zukünftige Mitglieder aller studentischer und akademischer Gremien in Rücksprache mit aktuellen und ehemaligen Gremienmitgliedern
 - Diese sollen ggf. Hinweise auf geltende Fristen oder Formerfordernisse enthalten
- Nachhaltige Verwaltung studentischer Protokolle und Verfügbarmachung für neue Gremienmitglieder
- Kontaktaufnahme zu allen neuen studentischen Gremienmitgliedern mit Hinweisen auf die bestehenden Informationsangeboten
- Erfassung von Kontaktdaten von allen aktuellen und ehemaligen Gremienmitgliedern

Der Aufbau der genannten Punkte soll nach Besetzung der Stelle umgehend starten und die Qualität iterativ im Laufe der Zeit verbessert werden.

Der Begriff des Gremiums ist in diesem Zusammenhang soweit wie möglich gefasst. Sowohl reguläre Gremien, die in der Satzung der Studierendenschaft und der Grundordnung der TU Darmstadt definiert sind, als auch regelmäßig oder unter besonderen Umständen eingesetzte AGs und Beiräte sind gemeint. Eine etwaige Priorisierung der Gremien für die Materialerstellung obliegt dem AStA.

Der letztendliche Stundenumfang und die Qualifikationsanforderungen der Stelle soll vom AStA bestimmt werden. Es ist jedoch darauf zu achten, dass insbesondere für das Verfassen und Pflegen möglichst verständlicher und hilfreicher Handreichungen eine entsprechende Textkompetenz benötigt wird. Der Stundenumfang soll ein halbes Jahr nach Einrichtung der Stelle im Benehmen mit dem StuPa überfacht und ggf. aufgestockt werden.

Begründung und Hintergrund

Derzeit sind viele für die Gremienarbeit relevante Informationen in alten Mails oder schwer zugänglichen Etherpads gespeichert oder im Extremfallsogar nur als implizites Wissen vorhanden. Dies sollte in ein nachhaltigeres Wissensmanagement überführt werden. Als Anker eines solchen Wissensmanagements

soll es in der Studierendenschaft eine entsprechende Stelle geben, die vor allem für neue Gremienmitglieder Unterstützung bietet. Natürlich sind alle bisherigen Gremienmitglieder angeraten einen möglichst großen Teil dazu beizutragen, die Stelle mit den nötigen bzw. allen hilfreichen Informationen zu versorgen.

Weitere Argumente folgen bei Bedarf mündlich.

Änderungsantrag von Klara Saary

Streiche den gesamten Antragstext und ersetze ihn durch:

Um Informationen und Beschlüsse, die Relevanz für hochschulpolitisch Aktive haben, nachhaltig verwalten zu können, soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Ziel der Arbeitsgruppe soll das Klären von aktuellen Problemen der Wissensweitergabe, Verwaltung von Protokollen etc und Aufarbeitung von Informationen im Rahmen von Gremienarbeit sein.

Die Arbeitsgruppe einzuberufen liegt in der Verantwortung des AStA und muss mit der Information aller zur Zeit in der Hochschulpoliti aktiven Studierenden einher gehen.

Nachdem eine Anforderungsliste an ein Mögliches Konzept zur nachhaltigen Verwaltung von Protokollen, Informationen und Beschlüssen erarbeitet wurde, soll ein passendes Konzept/System entwickelt werden. Dieses sollte nach Entwicklung und Etablierung von den betroffenen Personen in der Hochschulpolitik selbstständig gepflegt werden können, sowie wichtige Informationen für Einsteiger*innen verfügbar machen.

Die Entwicklung und Etablierung des Konzepts/System kann im Rahmen eines Projektreferats geschehen, wenn dies durch den Aufwand begründet werden kann. Entscheidungen dieser Art sollen durch den AStA nach Rücksprache mit dem StuPa getroffen werden.

Das entwickelte Konzept soll vor der Umsetzung vom StuPa verabschiedet werden.

Begründung:

Zur Zeit wurde noch nicht geklärt, vor welchen Schwierigkeiten aktuell in der HoPo tätige Personen bei der Aufbereitung und nachhaltigen Verwaltung von Informationen stehen. In welcher Art und Weise ein System einrichtet werden und welchen Ansprüchen es genügen sollte, sodass es tatsächlich einen Mehrwert bietet, sollte zuerst geklärt werden.

Aktuell sind zwar viele Informationen der letzten Jahre nicht aufbereitet und vor allem sind Informationen meist nicht gremienübergreifend verfügbar, jedoch hat die Vergangenheit gezeigt, dass die bloße Aufarbeitung und Bereitstellung von Wissen, nicht dazu führt, dass dies auch abgerufen wird. Grundsätzlich ist auch davon Auszugehen, dass die Aufarbeitung von Wissen und Protokollen, sowie die Priorisierung selbiger, und die Erstellung von Handreichungen vor allem durch Personen geschehen kann, die sich mit der Materie auskennen. Ebenso kann die Erarbeitung von Prozessabläufen, wie notwendige Kommunikationswege zwischen Gremien oder Prozesse in Gremien, vor allem durch/mit Hilfe von Personen geschehen, die Erfahrungen mit der Arbeit in den entsprechenden Gremien haben. Die Einrichtung eine festen Stelle würde folgenden Nachteile mit sich bringen:

Der Aufwand der Stelle wir nach einem anfänglichem Höhepunkt stark abnehmen oder sich gar auf null belaufen. Eine feste Stelle ist daher nicht sinnvoll. Stunden können nicht einfach verringert werden.

Zudem ist es fragwürdig, dass eine Stelle mit 2Stunden die Wochen gut besetzt werden kann. Nachdem dem anfänglichen Aufwand und der Erarbeitung eines Konzepts sollte die Verwaltung der Systems/Informationen etc. durch das Büro und die Aktiven einfach zu bewerkstelligen sein.

Eine externe Person ist aus oben genannten Gründen ungeeignet. Eine einzelne Person, die in der Hochschulpolitik aktiv war oder ist, wird unweigerlich starken Einfluss auf die Priorisierung und Darstellung von Informationen haben.

In beiden Fällen entsteht zudem ein Wissensmonopol, dass sich vor allem nach eine längeren Zeit auf diesem Posten sehr wahrscheinlich die Arbeit in den Gremien stark beeinflussen wird.

Bei Unklarheiten in der Begründung oder des Antragstextes, bitte rückfragen.

Nach Übernahme von Änderungsvorschlägen beschlossene Antragsform

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Der AStA wird aufgefordert, ein Konzept zur langfristigen und nachhaltigen Wissens- und

Informationsübergabe zu erarbeiten. Das Konzept soll von einer Arbeitsgruppe unter Leitung eines Projektreferats oder einer befristeten Stelle erarbeitet werden und im Anschluss mit dem StuPa abgestimmt werden. Dafür ist zusätzlich ein entsprechender Betrag im Haushalt vorzusehen.

Teil des zukünftigen Konzepts sollen zumindest sein:

- Verfassung und Pflege von Handreichungen für zukünftige Mitglieder aller studentischer und akademischer Gremien in Rücksprache mit aktuellen und ehemaligen Gremienmitgliedern
 - Diese sollen ggf. Hinweise auf geltende Fristen oder Formerfordernisse enthalten
- Nachhaltige Verwaltung studentischer Protokolle und Verfügbarmachung für neue Gremienmitglieder
- Kontaktaufnahme zu allen neuen studentischen Gremienmitgliedern mit Hinweisen auf die bestehenden Informationsangeboten
- Erfassung von Kontaktdaten von allen aktuellen und ehemaligen Gremienmitgliedern

Die Konzeptfindung soll bis spätestens 30.04.2017 abgeschlossen sein.

Zu TOP 12: Resolution: Wissenschaft muss frei bleiben – Keine Berufsverbote an Universitäten! (TOP 18 auf der TO)

Verabschiedete Resolution „Wissenschaft muss frei bleiben – Keine Berufsverbote an Universitäten!“ in ihrer endgültigen Fassung

An der Ludwig-Maximilians-Universität München wird der Kommunist und Wissenschaftler Kerem Schamberger durch das Landesamt für Verfassungsschutz davon abgehalten seine halbe Stelle als Doktorand anzutreten. Durch ein Gesetz, das auf den Radikalenerlass aus den Siebzigern zurückgeht, müssen die Beamt*innen des Landesamtes für Verfassungsschutz Stellung beziehen, wenn ein Kommunist im öffentlichen Dienst arbeiten, beziehungsweise an einer Universität forschen will. In dem Fall Schamberger verzögert der „Verfassungsschutz“ seit Juli die Antwort und verhindert dadurch die Einstellung des Kommunikationswissenschaftler, weil dieser Mitglied in der DKP sowie der Roten Hilfe und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten ist.

Das Studierendenparlament der TU Darmstadt verurteilt diesen Eingriff in die Freiheit der Wissenschaft und fordert die sofortige Aufhebung dieses de-facto Berufsverbots. Die Freiheit der Wissenschaft muss insbesondere im Hinblick auf die Vereinnahmung ebendieser durch den deutschen Faschismus einen speziellen Stellenwert haben. Folgerichtig ist diese auch Teil des deutschen Grundgesetzes, welches hier offensichtlich gegen das Landesamt für Verfassungsschutz verteidigt werden muss. Eine besondere Brisanz erfährt der Fall durch den Hintergrund, dass Schamberger über den Zustand der Presse- und Meinungsfreiheit in verschiedenen Ländern berichtet. Seine Berichte und Übersetzungen zur Lage in der immer autoritärer werdenden Türkei und insbesondere zu den Folgen des gescheiterten Putsches bereichern den Diskurs über das AKP-Regime und dessen Verbrechen. Auch seine tagesaktuellen Meldungen über die linke kurdische Bewegung sind ein wichtiger Teil einer modernen Medienkultur. Nun soll dies nicht auf wissenschaftlicher Grundlage fortgeführt werden, da Schamberger Kommunist ist.

Ein Landesamt für Verfassungsschutz, welcher einen Antikommunismus aus Zeiten des Kalten Krieges weiterführt und nach dem Prinzip ‚Linke kriminalisieren, auf dem rechten Auge blind‘, agiert, ist keiner. Ein solcher ideologischer Eingriff in die freie Wissenschaft durch eine deutsche Behörde, zeigt in welcher Verfassung sich diese befindet. Die einzige Konsequenz - auch aus seiner Verwicklung in den Terrorismus des "NSU" - kann nur die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz sein. Es gilt weiterhin: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ - Bertolt Brecht

Zu TOP 13: Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss für 2013

Persönliche Erklärung von David Kreitschmann

Zum Teil ließen sich die Beanstandungen meinerseits nicht aufklären, da die Finanzantragsordner aus diesem Jahr (im Gegensatz zu vorherigen und nachfolgenden Jahren) nach der Prüfung nicht mehr auffindbar waren.

Mit den allgemeinen Anmerkungen (z.B. Einhaltungen von Formalitäten) war leider wenig anzufangen, da Beispiele über die spezifischen Beanstandungen hinaus fehlen.

Zukünftigen RPAs sollten frühzeitiger das Gespräch suchen, insbesondere wenn die Finanzreferent_innen weiterhin im AStA tätig sind.

Zu TOP 14: Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss für 2014

Persönliche Erklärung von Philip Krämer zum Prüfbericht 2014

Zu 1) Wir haben ein paar Anmerkungen vom Steuerbüro gesehen, aber die Dokumentation wurde nicht korrigiert. So fehlte beispielsweise ein Beleg, der bis heute an der betreffenden Stelle nicht abgeheftet wurde.

Ich habe die FiBu von Nov13 bis Okt14 durchgesehen und keinen derartigen Hinweis gefunden. Alle Anmerkungen des Steuerbüros wurden selbstverständlich umgesetzt, sonst hätte der Jahresabschluss nicht erstellt werden können.

Zu 2) Finanzanträge sollen ordentlich ausgefüllt und sortiert sein, es sollten stets alle Belege beigelegt sein, je Veranstaltung soll, wenn möglich, ein Finanzantrag gestellt und in einem Topf abgerechnet werden. Des Weiteren wäre es schön, wenn auf jeder Rechnung in der FiBu die Antragsnummer vermerkt ist, falls vorhanden.

Ich habe bis heute keinen Finanzantrag vorgelegt bekommen, der nicht ordentlich ausgefüllt wurde. Die Aussage, dass ein Finanzantrag in den selben Topf abgerechnet werden muss (soll), stimmt nicht. Zudem habe ich auf alle Rechnungen, die mit Finanzanträgen verbunden waren, die FA-Nummer vermerkt. (Rechnungen, bei denen das nicht der Fall war, wurden mir nicht vorgelegt)

Zu TOP 20: Weitere Anträge und Resolutionen

Verabschiedete Resolution zur Videoüberwachung auf dem Luisenplatz in ihrer endgültigen Fassung

Die grün-schwarze Koalition will im Haushalt der Stadt für 2017 Gelder zur Installation von Videokameras bereitstellen. Der Haushalt befindet sich zurzeit in der Beratungsphase und wird eventuell auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Somit besteht die Gefahr, ohne große gesellschaftliche Debatte und daher mit geringer öffentlicher Aufmerksamkeit oder überhaupt Bekanntheit der Pläne, die Weichen Richtung Überwachung des öffentlichen Raums in Darmstadt zu stellen. Eine Gefahrenanalyse oder eine Zielerklärung zur Situation am Luisenplatz liegen nach unseren Informationen nicht vor.

Das Studierendenparlament spricht sich gegen die Pläne zur Einrichtung öffentlicher Videoüberwachung der Grün-Schwarzen Stadtregierung aus. Videoüberwachung stellt grundsätzlich einen tiefen Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen da.

Das Studierendenparlament fordert darüber hinaus alle Studierenden an der TU Darmstadt auf sich für eine freie Gesellschaft zu engagieren und damit auch gegen einen Ausbau von Überwachungsmaßnahmen.

Überwachung ist Teil des Instrumentariums totalitärer Staaten, ist als Mittel der Kriminalitätsbekämpfung sowohl präventiv wie auch zur Aufklärung nur marginal nützlich, ist nicht vereinbar mit den liberalen Freiheitsrechten und kann zur Homogenisierung des öffentlichen Raums beitragen in dem abweichendes Verhalten (Drogenkonsum, 'Herumlungern' etc.) leichter sanktionierbar wird. Überwachung ist deshalb in der Regel und auch in diesem Fall abzulehnen.